

Graphische Industrie für neuen Streik gerüstet?

Kampfmassnahmen ja. Aber wie und wo?

Nach der Urabstimmung in der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP), worin die Gewerkschaftsleitung zur Einleitung von Kampfmassnahmen ermächtigt wurde, steht die graphische Industrie möglicherweise vor einem neuen heissen Winter. Die Intransigenz des Unternehmerverbandes der graphischen Branche (SVGU), mit dessen Verhandlungsbereitschaft es von allem Anfang an nicht sehr weit her war, hat innerhalb der GDP zu einem Schulterchluss zwischen dem „gemässigten“ und dem „radikalen“ Lager geführt. Unklar ist sich die Gewerkschaft nicht mehr über die Notwendigkeit von Kampfmassnahmen, sondern einzig noch über deren Art, Umfang und Zeitpunkt.

Am liebsten schon morgen streiken möchte die Genfer Sektion der GDP, deren Führung mit knapp 90 Prozent Zustimmung zur Einleitung von Kampfmassnahmen ermächtigt wurde, „Unser Delegierter geht an die Sitzung des Streikkomitees vom 10. Dezember mit dem Antrag eines nationalen Streiks“, betonte der Genfer GDP-Sekretär Franco Quaroni gegenüber der WOZ. Genf ist nicht für punktuelle Massnahmen, sondern will den Kampf für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag voll durchziehen: „Unser Ziel ist ein Vertrag, der Hilfskräfte und Speditionspersonal miteinschliesst“ meinte Quaroni, „an zweiter Stelle steht für uns die Sicherung des Teuerungsausgleichs“.

Auch die Lausanner GDP-Sektionsführung, der mit über 80 Prozent Zustimmung Kampfkompentzen erteilt wurden, ist für einen landesweiten Streik. „Es wird aber bei uns erst losgehen, wenn die andern auch beginnen“, schränkt der Lausanner Sektionspräsident Michel Pitton ein. Die Erfahrung des 80er Streiks, der in Genf und Lausanne zu 100, resp. 90% befolgt wurde, steckt den welschen Sektionen nach wie vor in den Knochen. Nicht, dass befürchtet wird, ein neuerlicher Streikaufruf würde schlecht befolgt: Die Belegschaften der beiden Genfer Tageszeitungen „Tribune de Genève“ und „Journal de Genève“ (ein Rechtsblatt, vergleichbar mit der „NZZ“) sowie der Lausanner Tageszeitungen „Tribune le Matin“ und „24 heures“ aus dem lokal grössten Verlagshaus Imprimeries réunies (IRL) sind bestens organisiert. Mitziehen werden vermutlich auch die Beschäftigten der Buchverlage. Unklar ist in dieser Region einzig die Situation in kleineren Druckereien und im Boulevard-Blatt „La Suisse“, wo Verleger Jean-Claude Nicole als „patron gentil“ die Kampf Stimmung mit individuellen Lohnverbesserungen gedämpft hat. Immer hin haben die „La Suisse“-Kolleg(inn)en 1980 schliesslich mitgemacht.

Streikvorbereitung in der Deutschschweiz

Grössere Bedenken bestehen in der Romandie in bezug auf das Verhalten in den Deutschschweizer Betrieben, wo der 80er Streik zu Fall kam. Immerhin scheint die Ausgangslage jenseits der Saane für den Lausanner Sektionspräsidenten Pitton günstiger als noch vor drei Jahren: „Ich glaube, dass die Deutschschweiz heute besser vorbereitet ist als noch vor drei Jahren, nachdem das nationale Zentralkomitee viel weniger gespalten ist als 1980“. Einig sind sich die welschen Aktivisten, dass es in der Deutschschweiz noch viel Streikvorbereitung zu leisten gibt. Das Abstimmungsresultat in der Deutschschweiz wird vorerst eher als Nein zum Unternehmerdiktat denn als klares Ja zu Kampfmassnahmen gewertet.

So falsch liegt die welsche Vermutung nicht. Beim Zürcher „Tagesanzeiger“ deuten Gewährsleute das Abstimmungsergebnis als „Ja zu Kampfmassnahmen“ - aber nicht unbedingt im eigenen Betrieb. Immerhin haben 90 Prozent der „Tagi“-Beschäftigten eine Petition für die Gewährung des vollen Teuerungsausgleiches im Betrieb unterschrieben. Die Kampfbereitschaft im „Tagesanzeiger“ wird zusätzlich gedämpft durch das moderate Auftreten des neuen Generaldirektors Heinrich Hächler. Hächler, ein Manager der modernen Generation, verantwortlich für die „operationelle Führung des Stammhauses“, liess verschiedentlich durchblicken, dass der „Tagesanzeiger“-Verlag im Grunde zu weitergehenden Konzessionen bereit ist aber im SVGU in einer Minderheitsposition sei. Ob wahr oder nicht, wird sich spätestens im Verhalten der Geschäftsleitung im Streikfall zeigen.

Sicher ist, dass der „Tagesanzeiger“ nicht die Ruck-zuck-Politik der Jean-Frey-Geschäftsleitung verfolgt. Im dortigen Verlag („Sport“, „Weltwoche“, „bilanz“) ist die einst kämpferische Belegschaft nach der Entlassung von vier Vertrauensleuten und zahlreichen betriebsinternen Disziplinierungen gegenwärtig wenig optimistisch. In einer Betriebsversammlung vor der Urabstimmung wurden einzelne („betriebsfremde“) GDP-Aktivisten ausgeschlossen, während sich Vertreter der Geschäftsleitung im Saal breit machen durften. Kein Wunder, dass gegenwärtig im „Jean Frey“-Verlagshaus keine Mehrheit für Kampfmassnahmen besteht.

„Schindluderei“

Immerhin hat die klassenkämpferische Position des Unternehmerverbandes der graphischen Branche innerhalb der GDP zu einem Schulterchluss zwischen der „gemässigten“ und der eher „radikalen“ Fraktion geführt. Die traditionell dem gemässigten Lager zugerechneten Sektionen Basel und Bern haben sich in den vergangenen Wochen zu erfrischend radikalen Äusserungen durchgerungen: Ernst Mezenen etwa, als Berner Vertreter im Zentralsekretariat, bezeichnete die Verhandlungsstrategie des Unternehmerverbandes schlicht und prägnant als „Schindluderei“. Und GDP-Zentralpräsident Erwin Gerster gab sich kurz vor seiner

Pensionierung an einer Berner Sektionsversammlung im November ungewohnt kämpferisch: „Am Ende einer über 40jährigen Berufstätigkeit - davon mehr als 20 Jahre als aktiver Gewerkschafter - zieht man unwillkürlich Bilanz: Was sich der bisherige Vertragspartner an den bisherigen Verhandlungen uns gegenüber erlaubt hat, übersteigt alles, was uns von früher her bekannt ist.“

Auch Rudolf Loosli, Sekretär der Basler GDP-Sektion, stellte sich ungeteilt hinter das Ja zu Kampfmassnahmen: „Heute ist die Situation anders als 1980, wo in den Verhandlungen doch noch etwas für uns herausgeschaut hat.“ Loosli verübelt, dass ausgerechnet die Basler Unternehmer-Delegierten im SVGU für eine harte Haltung eingetreten sind. Die Basler GDP-Sektion ist für einen stufenweisen Einsatz von Kampfmassnahmen: Die Verweigerung von Überstunden, Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit und Warnstreiks sollen vorerst ins Auge gefasst werden. Ausserdem soll auch die Protestkundgebung der Chemiarbeitergewerkschaft „Gewerkschaft Chemie, Textil, Papier“ (GTCP), die sich mit einer ähnlich starren Unternehmerposition konfrontiert sieht, am 10. Dezember aktiv unterstützt werden.

Kampfmassnahmen delikate

Fragt sich also einzig noch, wieweit die Basis in den Deutschschweizer Betrieben bei Kampfmassnahmen mitzieht. „Wir werden nicht mehr dieselben Fehler machen wie 1980“, meinte eine GDP-Aktivistin gegenüber der WOZ. Kampfmassnahmen sind in der Deutschschweizer graphischen Industrie deshalb eine sehr delikate Sache, weil streikende GDP-Aktivistinnen in vielen Betrieben gegen Mitglieder der christlichen (gelben) Schweiz. Graphischen Gewerkschaft (SGG) und gegen unorganisierte Hilfskräfte ausgespielt werden können. Im Satz- und Korrekturbereich sind Streikende vielerorts einfach durch temporäre Hilfskräfte zu ersetzen. Die fachlich anspruchsvollen Schlüsselstellen in der Arbeitsvorbereitung sind von den Unternehmern inzwischen zu kleineren Kaderpositionen mit ansehnlichem Gehalt gemacht worden und dadurch dem gewerkschaftlichen Einfluss entzogen. Im empfindlichen Druckbereich ist die gewerkschaftliche Position - verglichen mit früher - eher schwächer geworden. Und die organisierten Journalistenkolleg(inn)en sind - wenn nicht im Standesverband - als Untersektion im Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOO) allzu weit weg, um sich an einem Branchenstreik wirksam zu beteiligen.

So laufen denn die Strategiediskussionen innerhalb der GDP über die Mobilisierung der Basis innerhalb der GDP gegenwärtig auf Hochtouren. Am ersten Dezemberwochenende (10.12) trifft sich die nationale Streikdelegation, am zweiten Dezemberwochenende (17.12.) soll eine ausserordentliche Generalversammlung stattfinden. Ausserdem sind die Verhandlungstüren für den SVGU nach wie vor offen. Geheim sind einzig die internen Diskussionen, um den Unternehmern die Antwort nicht allzu einfach zu machen. Auf bevorzugte Kampfmassnahmen angesprochen, meinte denn auch die genannte GDP-Aktivistin sibyllinisch: „Die Unternehmer werden es dann sehen.“

72,43 Prozent für Kampfmassnahmen

Die Urabstimmung, ob die GDP-Führung zu Kampfmassnahmen ermächtigt werde, ergab vergangene Woche in den einzelnen Sektionen folgendes Bild (Reihenfolge nach der Stärke der Zustimmung):

Dafür Anteil der Zustimmung zu Kampfmassnahmen Stimmeteiligung

Lugano	97,6%	69,2%
Waadt Riviera	9,6%	65,9%
Jura	89,9%	65,2%
Bellinzona	89,5%	81,4%
Genf	89,1%	52,1%
Wallis	85,7%	46,2%
Freiburg	85,6%	60,8%
La Chaux-de-F.	83,9%	52,8%
Lausanne	82,8%	54,5%
Yverdon	81,8%	69,6%
Basel	77,8%	59,9%
Zürich	77,5%	46,2%
Neuenburg	74,6%	47,8%
Solothurn	70,9%	65,8%
St. Gallen	70,6%	57,0%
Bern	70,2%	59,2%
Zürichsee	70,0%	8,7%
Chur	67,7%	41,4%

Dafür aber nicht mit 2/3

Thurgau	61,0%	58,1%
Oberaargau	60,9%	54,6%
Aargau	56,5%	43,0%
Winterthur	53,4%	54,2%
Biel	51,4%	42,4%

Dagegen

Schaffhausen	44,5%	59,3%
Luzern	40,6%	50,9%
Olten	40,5%	67,7%
Berner Oberland	39,8%	48,0%
Langnau	29,4%	71,2%

Damit erhielt die GDP-Führung die Kompetenz zu Kampfmassnahmen mit total 72'4070 der Stimmen (erforderlich: Zweidrittelsmehrheit) bei einer Stimmbeteiligung von 54%.

WOZ, 2.12.1983.

GDP > Streik. Urabstimmung. WOZ, 1983-12-02